

Antrag

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Ernst Burgbacher, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Neue Wachstumschancen mit durchgreifenden wirtschaftspolitischen Reformen schaffen – Blitzprogramm für die deutsche Wirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland ist zurzeit von einem Wettbewerb der Prognosen nach unten gekennzeichnet. Noch im April hatten die sechs führenden deutschen Wirtschaftsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose 2,1 % vorhergesagt. Das war schon eine Abwärtskorrektur, der sich die Bundesregierung lange entgegenstemmte, indem sie an ihrer Prognose aus dem Jahreswirtschaftsbericht festhielt. Sie lautete für 2001 2,75 %.

Inzwischen gehen die Institute von 1,2 bis maximal 1,7 % Wachstum für 2001 aus. Alle Analysten bei den großen Geschäftsbanken bewegen sich bei ihren Vorhersagen nunmehr in einer Spanne von 1,3 bis 1,6 %. Die Abwärtsbewegung des Ifo-Geschäftsklimaindexes hält inzwischen seit 11 Monaten an. In der Vergangenheit hat dieser Index die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland mit einer Vorlaufzeit von etwa vier Monaten recht gut vorhergesagt. Nur die Bundesregierung hält an einem Wachstumsziel von 2 % in diesem Jahr fest.

Für die Bundesregierung muss eine solche Entwicklung aber nicht nur Grund zur Sorge, sondern auch hinreichender Grund zum sofortigen Handeln sein. Die Bundesregierung hat es versäumt, die gute Konjunktur auch für eine Konsolidierung auf der Ausgabenseite zu nutzen. Es ist unseriös und nicht hinzunehmen, dass die Bundesregierung unter Hinweis auf die Konsolidierung nun versucht, alle Vorschläge abzulehnen. Stetige Wirtschaftspolitik bezweckt keinesfalls eine kurzfristige Feinsteuerung der Konjunktur oder eine Korrektur des Quartalswachstums um Zehntelprozentpunkte. Kurzatmige Konjunkturprogramme über die Ausgabenseite sind unnütz, teuer und lenken von den Ursachen der Probleme ab. Erforderlich ist aber eine Wirtschaftspolitik, die sensibel auf Konjunkturlagen reagiert und Wachstumschancen in Deutschland nicht verspielt. Im Ergebnis kann die deutsche Volkswirtschaft nur so robuster auf konjunkturelle Schwankungen reagieren. Das bessere Auffangen auch außenwirtschaftlich ausgelöster Schwankungen ist also eine Kernaufgabe

nationaler Wirtschaftspolitik. Die Verantwortung kann nicht unter Hinweis auf internationale Zusammenhänge abgeschoben werden.

Deutschland bedarf dringend einer durchgreifenden Reform der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Nach wie vor sind 3,8 Millionen Menschen ohne Arbeit registriert, davon rd. 1,3 Millionen länger als ein Jahr. Rechnet man die darin nicht enthaltene Zahl derer, die an staatlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen und die stille Reserve hinzu, dürfte die Zahl der Arbeitssuchenden in Deutschland um mindestens rd. 1,5 Millionen höher sein. Dem stehen insgesamt etwa 1,5 Millionen offene Stellen gegenüber, von denen etwa ein Drittel den Arbeitsämtern gemeldet sind. Die anhaltend hohe und weitgehend strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland sowie die beschäftigungspolitischen Erfolge anderer Länder ziehen die Effektivität und Effizienz der deutschen Arbeitsmarktpolitik stark in Zweifel. So konnte Deutschland nach der europäischen Arbeitslosenstatistik von April 2000 bis April 2001 die Arbeitslosenquote nur um 0,3 % senken – Großbritannien dagegen um 0,6 %, Irland um 0,6 %, Italien um 0,7 %, Frankreich um 0,8 %, Spanien und Schweden um jeweils 1,3 %.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf:

1. Die Bundesregierung zieht die nächsten Steuerreformschritte auf 2002 vor und präsentiert umgehend ein Konzept, nach dem sämtliche Unternehmens-einkommen und die Arbeitseinkommen ab 2003 mit einem einheitlichen Stufentarif von 15 %, 25 % und 35 % besteuert werden. Die Besteuerung der Gewinne der Körperschaften ist definitiv, ausgeschüttete Gewinne werden nicht besteuert, das komplizierte Halbeinkünfteverfahren kann entfallen.
2. Verzicht auf weitere Stufen der Ökosteuer. Die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge ist durch eine konsequente Rentenreform II zu erreichen.
3. Die Bundesregierung legt umgehend ein Konzept für die Umstellung auf die nachgelagerte Besteuerung bei allen Vorsorgeformen für das Alter vor.
4. Verzicht auf die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen. 3,5 Mrd. DM Mehrbelastung für die Wirtschaft in Zeiten eines stotternden Konjunkturmotors sind Gift für Wachstum und Beschäftigung.
5. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird zum 1. August 2001 auf 5,5 % gesenkt.
6. Sofortige Flexibilisierung des Tarifrechts: Künftig kann auch ein geringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit für den Erhalt des Arbeitsplatzes günstiger sein, wenn hierdurch der Arbeitsplatz gesichert werden kann und dem 75 % der abstimmenden Mitarbeiter des Unternehmens zugestimmt haben (Neuinterpretation des Günstigkeitsprinzips). Die Sperrwirkung des § 77 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz, der vom Tarifvertrag abweichende Betriebsvereinbarungen bislang untersagt, ist zu ändern.
7. Die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes ist vollständig zurückzuziehen.

Berlin, den 26. Juni 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion